



# Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 23. Februar 2024 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

zwei Jahre ist es her, dass Russland am 24. Februar 2022 mit seinem brutalen Angriff auf die Ukraine den Krieg, der bereits 2014 mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine begann, in katastrophalem Ausmaß zurück auf unseren Kontinent gebracht hat. Unsere Werte, die liberale Ordnung und die Sicherheit Europas werden derzeit auch der Ukraine verteidigt.

Unser Partei- und Fraktionsvorsitzender bemerkte in der Bundestagsdebatte, dass die am 27.02.2022 ausgerufene Zeitenwende durch den Bundeskanzler das Stadium der Ankündigung nicht verlassen hat. Die Bestandsaufnahme der Außen- und Sicherheitspolitik in Deutschland, insbesondere die anhaltende Weigerung zur Lieferung des Taurus-Marschflugkörpers, offenbart: Von einem echten strategischen Paradigmenwechsel ist Deutschland unter der Führung der Ampel-Regierung noch sehr weit entfernt. Am Beispiel der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ kann man herausarbeiten, wie sehr diese Regierungen sich mit Oberflächlichkeiten zufriedengibt

und keinerlei Operationalisierung dieser Strategie vorschlägt.

Auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht fehlt es dieser Bundesregierung an Fortune und Gestaltungskompetenz. Die angeführten Verweise auf die schwierigen Umstände infolge von Covid oder des russischen Angriffskrieges bzw. „die letzten 16 Jahre“ sind beliebte Nebelkerzen in den Reden der Regierungspolitiker. Allein: Unter der Kanzlerschaft fand eine erhebliche Reduzierung der Arbeitslosenzahl statt, neue Beschäftigungsrekorde wurden nacheinander gebrochen und eine beispiellose Wachstumsgeschichte geschrieben. Heute ist der Befund zweierlei: Die Weltwirtschaft wächst. Derweil trüben sich die Aussichten für die deutsche Volkswirtschaft im Jahr 2024 weiter stark ein. Die Ampel-Regierung hat Deutschland auf einen Pfad der Rezession, der Deindustrialisierung und des wirtschaftlichen Abstiegs geführt. Deutschland kann es besser!

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Markus Koob



## Schwerpunkte dieser Ausgabe

- **Leitantrag zur Außen- und Sicherheitspolitik**
- **Wirtschaftswende: Sofortprogramm jetzt erforderlich**
- **Cannabislegalisierung stoppen, Gesundheitsschutz verbessern**
- **Gute Nachricht der Woche: AMLA kommt nach Frankfurt!**

## Echte Wende in der Außen- und Sicherheitspolitik

Vor zehn Jahren, im Jahr 2014, vollzog Russland die völkerrechtswidrige Annexion der Krim. Wie wir heute wissen, war dies ein Wegbereiter und ein Vorbote für den brutalen russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022, der Europäische Sicherheitsarchitektur im Mark beschädigt hat. Russland ist mit seiner militaristischen und revanchistischen Außenpolitik eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit in ganz Europa und die Welt. Gleichzeitig hat Putin sein Land auf Kriegswirtschaft ausgerichtet. Experten gehen von einem Zeithorizont von höchstens fünf bis acht Jahren aus, bis Russland in der Lage ist, die NATO konventionell herauszufordern.

**Standpunkt:** *Deutschland braucht eine echte Zeitenwende. Wir müssen jetzt die Weichen für unsere Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit als Voraussetzung zur Wahrung unserer Freiheit und unseres Wohlstands stellen, in Deutschland und Europa. Wir fordern daher u.a.: Bedrohungsbewusstsein in Bezug auf Russland zu schaffen und das Sanktionsregime zu verschärfen, Ukraine durch Lieferung von Waffensystemen zu unterstützen (u.a. TAURUS), eine echte Nationale Sicherheitsstrategie vorzulegen sowie einen besseren Schutz von kritischer Infrastruktur. •*

## Wirtschaftswende: CDU/CSU fordern ein Sofortprogramm

Die Weltwirtschaft wächst. Derweil trüben sich die Aussichten für die deutsche Volkswirtschaft im Jahr 2024 weiter stark ein. Zahlreiche Unternehmen verlagern Teile oder gar die gesamte Produktion aufgrund der hierzulande ungünstiger werdenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in das europäische oder außereuropäische Ausland. Die Ampel-Regierung hat Deutschland auf einen Pfad der Rezession, der Deindustrialisierung und des wirtschaftlichen Abstiegs geführt.

**Standpunkt:** *Deutschland braucht jetzt eine Wirtschaftswende. Wir sind ein starkes Land mit viel ökonomischer Substanz, tatkräftigen Arbeitnehmern und innovativen Unternehmen. Zur Entfaltung dieser Stärke muss die Bundesregierung die Rahmenbedingungen des Standorts Deutschland deutlich verbessern. Unser Sofortprogramm umfasst 12 Punkte, darunter die steuerliche Begünstigung von Überstunden für Vollzeitbeschäftigte; die Einführung von strengeren Sanktionen für Bürgergeldbezieher, wenn die Arbeitsaufnahme verweigert wird; die vollständige Rücknahme der von der Bundesregierung geplanten Steuererhöhung für Landwirte; sowie die dauerhafte Senkung der Stromsteuer. •*

## Cannabislegalisierung stoppen, Gesundheits- schutz verbessern

**H**eute hat die Ampel-Koalition in abschließender zweiter und dritter Lesung die Legalisierung von Cannabis beschlossen. Cannabis soll künftig nicht mehr zu den verbotenen Substanzen nach dem Betäubungsmittelgesetz gehören, Besitz und Konsum bleiben unter bestimmten Bedingungen straffrei.

**Standpunkt:** *Die geplante Cannabislegalisierung ist gesundheitspolitisch fatal und im höchsten Maße verantwortungslos. Mit dieser Einschätzung sind wir auf der Seite des überragenden Teils der Fachwelt. Die Gründe für die Ablehnung der geplanten Cannabislegalisierung sind vielfältig: Sie reichen von erheblichen Gesundheitsrisiken – insbesondere für die Entwicklung Jugendlicher und junger Erwachsener – über völlig irrealen Hoffnungen der Befürworter, den Schwarzmarkt austrocknen zu können. Hinzu kommen viele offene Fragen über Folgewirkungen eines legalen Cannabiskonsums im Straßenverkehr oder am Arbeitsplatz. Besonders pikant: Der Gesundheitsminister wirbt und klärt ausdrücklich auf, dass das menschliche Gehirn bis zum 25. Lebensjahr in einer ständigen Entwicklungsphase befindet, während er gleichzeitig für eine Legalisierung ab 18 streitet. Dieser Drogenpolitik der Ampel begegnen wir mit einer klaren Antwort: Nicht mit unseren Kindern! •*

## Den Bürgerkrieg in Myanmar nicht vergessen!

**A**bseits der sehr uns präsenten Kriegssituationen in der Ukraine und im Nahen Osten gibt es weitere Konflikte, die nicht in Vergessenheit geraten dürfen!

Gestern hatte ich die Gelegenheit in meiner Funktion als Unions-Berichterstatter für Südostasien mit einer Delegation aus Myanmar über die aktuelle Situation im Land zu sprechen. Am 01. Februar 2021 verübte das Militär einen Putsch gegen die zivile Regierung unter Führung der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, die seitdem (wie viele andere oppositionelle Politiker) inhaftiert ist. Infolgedessen ist das Land mit einem Bürgerkrieg konfrontiert, indem das Militärregime mit brutalen Mitteln gegen die oppositionellen Kräfte, aber auch gegen die Zivilbevölkerung vorgeht. Die oppositionellen Gruppen haben sich zu einer "nationalen Einheitsregierung" zusammengeschlossen, die mit eigenen bewaffneten Einheiten und verbündeten regionalen Milizen versucht, das Land von der illegitimen Militärjunta zu befreien.

Anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz waren meine Gesprächspartner als Vertreter großer ethnischer Parteien und myanmarischer Think Tanks in Deutschland.

Wir sprachen insbesondere über die mögliche Rolle Deutschlands und die regionalen Auswirkungen des Krieges. Wir stehen an der Seite der myanmari-schen Zivilbevölkerung und hoffen auf ein baldiges Ende der Kämpfe und der Militärherrschaft.

Vielen Dank auch an den Verein Ger-man Solidarity Myanmar und die Hanns-Seidel-Stiftung für die Organi-sation der Begegnung! •



## Inspirierender Austausch mit Delegation aus dem Herzen Afrikas

**E**ine weitere inspirierende Begegnung hatte ich diese Woche mit jungen Aktivisten aus Bu-rundi, der Demokratischen Republik Kongo, Ruanda, Uganda und Tansania – der sogenannten „Great Lakes“-Re-gion im Herzen Afrikas.

Im Rahmen eines EU-Projekts, welches den grenzüberschreitenden Austausch zwischen politischen Akteuren, Ju-gendvertretern und Institutionen im Bereich Sicherheit und Friedensbildung gefördert hat, war die Delegation auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stif-tung in dieser Woche in Brüssel und Berlin zu Gast, um mit Vertretern deut-scher und europäischer Institutionen ins Gespräch zu kommen.

Natürlich sind die Entwicklungen in der Region – insbesondere im Osten Kongos – äußerst besorgniserregend. Umso wichtiger finde ich den gren-zübergreifenden Austausch zwischen NGO-Repräsentanten, die Hoffnung machen auf ein friedliches Miteinander in Zukunft.



Danke an die Konrad-Adenauer-Stif-tung und den Büroleiter in Kinshasa, Ja-kob Kerstan, für die Realisierung des Termins. •

## Die gute Nachricht der Woche

# AMLA kommt nach Frankfurt!

**D**ie neue Anti-Geldwäsche-Behörde der EU, AMLA, wird ihren Sitz in Frankfurt am Main haben. Der parteiübergreifende Einsatz von Politikern aus Kommune, Land und Bund hat sich ausgezahlt. Die Einigung wurde gestern Abend zwischen Vertretern des EU-Parlaments und der 27 EU-Staaten erzielt. Damit setzt sich Frankfurt gegen acht Mitwerber durch: Paris, Rom, Madrid, Wien, Dublin, Brüssel, Vilnius und Riga. Die AMLA wird die 40 größten Finanzinstitute sowie Wirtschaftskanzleien und Unternehmensberater in der EU beaufsichtigen. Eine tolle Nachricht für den Standort Rhein-Main. •